

Bezugspreis: Für die zweite Hälfte August 60000 M voraus zahlbar. Unter Bezugnahme für die zweite Hälfte August für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Buzenburger 600 000 M, für das übrige Ausland 600 000 M. Postbezugspreis freibleibend. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Feil“, der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Beilage „Erlaubung und Kleingarten“ erscheint wochentags einmal, Sonntags und Feiertags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntabend, den 25. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Reklameweile kostet 500 000 M. Reklameweile 1 500 000 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 120 000 M. (zweiwöchig zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 60 000 M. Stellungsgebühr das erste Wort 60 000 M., jedes weitere Wort 45 000 M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 000 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnung von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Der Reichskanzler an Frankreich.

Der Wille zur Verständigung. — Kein Verzicht auf Rhein und Ruhr.

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann hat in der Öffentlichkeit den gleichen Beifall gefunden wie die Rede des Reichsfinanzministers Genossen Dr. Hilferding am Tage zuvor. Beide bilden eine Einheit, aus der sich die Richtung des neuen Kurses klar erkennen läßt. In der logischen Reihenfolge muß man die Rede Stresemanns jener Hilferdings voranstellen, denn sie gibt die großen Richtlinien der auswärtigen Politik, die sich dann in der Finanzpolitik geradlinig fortziehen.

Der Reichskanzler hat in seinen Ausführungen von gestern die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes ausgesprochen, zur Wiederherstellung geordneter internationaler Beziehungen, insbesondere zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich die größten Opfer zu bringen. Was er verkündet hat, ist das, was wir in Wirths Zeiten unter dem Wort „Erfüllungspolitik“ stets verstanden haben. Erfüllungspolitik im Sinne des Bestrebens, durch materielle Opfer das politische Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wiederzuerlangen, ist auch die Politik der neuen Regierung.

Aber diese Erfüllungspolitik anzuerkennen und auf ihrem Boden die Verständigung mit Deutschland zu suchen, dazu war die französische Regierung bisher nicht bereit. Wir haben ihr Programm mit der möglichst großen Klarheit im gestrigen Abendblatt darzustellen versucht, sein Gegensatz zum deutschen Programm springt in die Augen. Denn während das deutsche Programm den Reparationsgläubigern ein möglichst praktisches und wirklich produktives Generalspfand an der gesamten deutschen Wirtschaft anbietet, sucht die französische Politik bisher beharrlich in den Frankreich benachbarten deutschen Gebieten ein Spezialpfand territorialer Art zu erlangen. Die deutsche Regierung ist nun nicht geneigt, der französischen Auffassung über die Grenzen des Versailler Vertrages hinaus Zugeständnisse zu machen, weil sie von dieser Art, das deutsch-französische Grenzgebiet zu behandeln, eine Zerstückelung des Deutschen Reiches befürchtet, und diese Sorge wird vom ganzen deutschen Volk geteilt.

Die französische Politik sucht das Feld des Streites dahin zu verschieben, als ob es sich um die Frage handle, ob Deutschland zahlen solle oder nicht. Die Rede des Reichskanzlers zeigt der ganzen Welt, auch dem zur Verständigung bereiten Teil des französischen Volkes, daß es sich in Wirklichkeit darum handelt, wie Deutschland bezahlen soll: mit Arbeitsprodukten oder mit Menschen. Deutschland ist bereit, mit den Früchten seiner Arbeit zu bezahlen, was es nur immer kann, es ist aber nicht bereit, ein Fünftel seiner Bevölkerung mit seiner Zustimmung in einem Zustand zu belassen, der ein Hohn auf alle Grundsätze der Demokratie und die von der französischen Revolution proklamierten Menschenrechte ist.

Sehr zutreffend hat der Reichskanzler hervorgehoben, daß Deutschland von einer Verschärfung des englisch-französischen Gegensatzes nichts zu gewinnen hat. Die gegenwärtigen schweren Störungen sind ja tatsächlich dadurch entstanden, daß der Mechanismus des Versailler Vertrages infolge der inneren Uneinigkeit der Entente zerbrochen ist. Das Ruhrgebiet ist heute eine Trampfarte der französischen Politik nicht nur gegen Deutschland, sondern auch vielleicht noch mehr gegen England, und das französische Volk steht heute in großen Teilen geschlossen hinter Poincaré, nicht weil es von der Ruhrpolitik entzückt ist, sondern weil es sich für verpflichtet hält, seine eigene Regierung in ihrem Konflikt mit der englischen zu unterstützen.

Helfen aus dieser fast reitungslos verfahrenen Situation kann weder eine grundsätzlich anglophile Politik, die England gegen Frankreich scharfzumachen versucht, noch eine gegen England gerichtete sogenannte Kontinentalpolitik, die zudem, solange die französische Regierung an ihren bisherigen Absichten festhält, eine vollkommene Utopie ist. Helfen kann nur eine ehrliche Verständigung zu Dreien, und ihr den Weg zu weisen, hat sich der Reichskanzler in seiner gestrigen Rede bemüht.

Ob diese Bemühung von Erfolg gekrönt sein wird, hängt in erster Linie von der Aufnahme ab, die sie in Frankreich finden wird. Die Pariser offizielle Presse hat den Wunsch ausgesprochen, daß Dr. Stresemann mit einer eigenen Anregung zur Lösung der internationalen Schwierigkeiten hervortreten möge, dieser Wunsch ist durch die gestrige Rede erfüllt. Eine Diskussionsgrundlage ist gegeben, auf der bei allseitigem guten Willen eine Einigung nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich, sondern auch zwischen Frankreich und England erreicht werden kann.

Solange diese höchst erstrebenswerte Einigung nicht erreicht ist, muß Deutschlands erste Sorge darauf gerichtet sein, seine innere Kraft aufrechtzuerhalten. Hier zeigt sich der

organische Zusammenhang der Rede Hilferdings mit jener Stresemanns. Es gilt einmal zu zeigen, daß der innere Zusammenbruch Deutschlands, auf den gewisse Politiker in Paris spekulieren, noch nicht da ist und daß es wirksame Mittel gibt, ihn fernzuhalten, und es gilt zum anderen, durch die Ordnung der deutschen Reichsfinanzen den Grund zu einer effektiven, Vertrauen erweckenden Reparationspolitik zu schaffen, die Frankreich befriedigt und eine dauernde Entlastung des deutschen Selbstbestimmungsrechts vermeidet. Es muß zu diesem Zweck in der deutschen Privatwirtschaft die Bereitschaft erzeugt, nötigenfalls erzwungen werden, durch erhebliche Opfer die Freiheit von Rhein und Ruhr zurückzuerkaufen.

Wird diese Politik von der Reichsregierung konsequent verfolgt, so kann sie der nachdrücklichsten Unterstützung durch die Sozialdemokratische Partei gewiß sein. Politisch Denkfähige werden sich weder von den Böllischen und Deutschnationalen zu dem Glauben verleiten lassen, Deutschland könnte durch irgendein Wunder von seinen Zahlungspflichten befreit werden, noch werden sie mit den Kommunisten in dem Bündnis mit Sowjetrußland und dem Revanchekrieg gegen Frankreich ihr Heil suchen. Sie werden ebensowenig glauben, daß durch eine besinnungs- und bedingungslose Unterwerfung unter die französische Militärherrschaft ein ruhiges Verhältnis zwischen dem deutschen und dem französischen Volk geschaffen werden könne.

Man hat die gegenwärtige deutsche Regierung als die letzte Karte im Spiel Deutschlands bezeichnet, sie ist auch die letzte Karte im Spiel Europas. Sie hat den Willen, zu einer ehrlichen Verständigung mit Frankreich zu gelangen, und sie ist bereit, die deutsche Wirtschaft für die Erfüllung übernommener Verpflichtungen einzuspannen. Wenn jetzt nicht der Weg zur Verständigung gefunden wird, so ist nicht abzusehen, durch welche Wirren und Leiden hindurch die Völker schließlich doch zu ihm zurückfinden werden.

Deutschland hat gesprochen. Frankreich hat das Wort!

lassen Sie mich Ihnen meinen verbindlichsten Dank dafür aussprechen, daß Sie mir Gelegenheit geben, so bald nach meinem Amtsantritt hier mit Ihnen zusammen zu sein und die Grundlinien der deutschen Innen- und Außenpolitik vor Ihnen zu entwickeln.

Sie dürfen des einen versichert sein, daß wir uns klar darüber sind, daß ohne einen starken Glauben an die deutsche Zukunft die Dinge nicht zu meistern sind, vor denen wir stehen, und daß man

diesen Glauben an die Zukunft nicht betätigen kann in irgend einem Gehässen, sondern nur in der Energie, die glaubt, die Dinge zu meistern, und die damit die Voraussetzung schafft, daß sie überhaupt zu meistern sind.

Sie werden das eine aus unserer gesamten Lage erkennen haben, daß wir sehr bald vor schwere Entscheidungen gestellt sind. Dazu brauchen wir Ihre tätige Mitarbeit, dazu müssen wir an Sie herantreten wegen der Uebernahme großer Lasten, die wir Ihnen zumuten. Sie können diese Last nur übernehmen, wenn auf der einen Seite die Integrität der Arbeitsleistung im Innern und auf der anderen Seite die Anspannung aller Beziehungen nach außen zusammenwirkt, um unsere deutsche Volkswirtschaft zu erhalten und weiter zu entwickeln. Darin allein, in dem gleichzeitigen Zusammenwirken dieser beiden Faktoren, liegt die Möglichkeit, uns

die deutsche Volkswirtschaft als Grundlage der Kraft zu erhalten, die wir brauchen, um die Widerstände nach innen und außen zu überwinden.

Sie haben in der Erklärung des neuen Kabinetts, in der ersten Regierungserklärung, mit der wir vor die Öffentlichkeit traten, den Satz gehört, daß wir als

die beste aktive Außenpolitik die Ordnung der Dinge im Innern ansehen. Aus diesem Gedanken heraus sind wir gezwungen gewesen, auch ohne offizielle parlamentarische Mitwirkung mit einer Notverordnung herauszutreten und der Regierung den Devisenfonds zu schaffen, dessen sie bedarf, um zunächst einmal die Wirkungen zu beseitigen, die sich aus den Verhältnissen ergeben haben. Wir bedürfen seiner einmal, um die Ernährung des Volkes sicherzustellen; wir bedürfen seiner weiter, um eine gewisse Stabilität der Wirtschaftsverhältnisse sicherzustellen, die nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die ganze politische Psychologie unseres Volkes von geradezu entscheidender Bedeutung ist. Ich glaube, wir müssen zurück zu einer soliden Grundlage für die Wirtschaft selbst, zu einer soliden Grundlage, die mehr und mehr ins Wanken gekommen ist. Das ist der Punkt, wo bei Ihnen die besten Instrumente seit Jahren nicht mehr mit der Genauigkeit spielen, wie wir das früher bei dem soliden deutschen Kaufmann gewohnt waren. Wir müssen auch etwas dabei bedenken. Sie haben

in allen Ihren Betrieben die Unsicherheit als Wirkung dieser Instabilität der Währung gesehen. Viele von Ihnen haben sich längst eingestellt auf das, was

unveränderlich bleibt, auf die Goldrechnung. Viele Menschen in Deutschland haben sich aber nicht darauf einstellen können; unendlich viele sind, wie der Herr Reichsfinanzminister gestern in seiner Rede auch schon sagte, einer Expropriation verfallen, die das schwerste Opfer ist, das je ein Volk nach einem verlorenen Kriege gebracht hat. Unendlich viele Menschen sind in Not und Hunger gekommen, und Not und Hunger sind immer die Triebkräfte gewesen für alles Extremes in der Politik. Ich behaupte, daß unser Volk an sich durchaus nicht zum Extremen in der Politik neigt. Innerlich liegt in diesem Volk ein tiefes Sehnen nach Ordnung, nach Autorität, nach Ruhe, nach einem Staate, in dem der einzelne nach seinen eigenen, wenn auch eng begrenzten Bedürfnissen durch Entfaltung seiner Kräfte leben kann. Wenn aber solche außerordentlichen Verhältnisse aufkommen, dann wird

das Volk durch Hunger und Not denjenigen zugetrieben, die nicht staatsverhaltende Kräfte sind, die den Staat ruinieren wollen, die aus dem Chaos eine Neugestaltung erhoffen, und die auch diejenigen an sich heranziehen, die den jetzigen Staat negieren, wenn sie die Hoffnung verlieren, daß der Staat in der Lage sei, dieser Not und diesem Verfall aller Dinge ein Ende zu bereiten.

Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir praktische Arbeit leisten, die uns vorwärts bringt. Dabei werden wir auch Anforderungen an die Wirtschaft richten müssen.

Anforderungen, die darüber hin ich mir vollkommen klar, nicht allein aus dem Einkommen der Wirtschaft geleistet werden können. Was wir von Ihnen als den Garantien und Mitträgern in außenpolitischen und innerwirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands verlangen, das geht auch an die Substanz der deutschen Wirtschaft.

Das Wort, das über dem Schifferhaus in Lübeck steht: „Navigare necesse est, vivere non est necesse!“ Dies Wort, in das harte Deutsch der Gegenwart übersetzt, bedeutet: daß der Staat bestehen bleibt, ist notwendig, daß die einzelne Wirtschaft in ihrer Gesamtsubstanz bestehen bleibt, muß demgegenüber in solchen Zeiten zurücktreten. Sie haben als Unternehmer, Sie haben als Kaufleute Ihre Arbeit aufgebaut auf dem Glauben an die Zukunft und die Unzerstörbarkeit Ihrer Firmen, Ihrer Unternehmungen, Ihrer Werte. Uebertragen Sie diesen Glauben auf den Staat als solchen! Wenn der Staat nicht mehr besteht, mir wenigstens würde dann wenig daran liegen, daß meine Wirtschaft besteht.

Ich kann hier nicht im Einzelnen von dem Wirtschaftsprogramm reden, über das gestern der Herr Reichsfinanzminister im Reichstage gesprochen hat und das sicherlich auch bald in Ausführungen des Reichswirtschaftsministers im einzelnen umrissen werden wird. Ich möchte nur auf eins hinweisen. Die Notwendigkeit über den Devisenfonds ist nicht das einzige Mittel der Regierung, durch das sie glaubt, die Dinge besser zu können. Wir werden neben der Mark

wertbeständige Goldzahlungsmittel schaffen, Goldknoten bei der Reichsbank einrichten und wertbeständige Kredite schaffen müssen. Wir brauchen eine aktive Handelsbilanz, und das bedingt — ich möchte das offen sagen — meiner Auffassung nach wenigstens in der nächsten Zeit eine Beschränkung der Importe auf das, was wirklich lebenswichtig ist. Ich möchte Sie dringend bitten: Leben Sie lieber einmal eine Zeit lang von den Vorräten, als das Sie mit Anforderungen an uns herantreten, die wir nicht erfüllen können.

Dazu muß eine Förderung der Ausfuhr treten. Ich bin vollständig einverstanden mit Ihrem Herrn Vorliegenden, daß Gesetzesbestimmungen, die in einer Zeit entstanden sind, in der die Sorge hatten, daß infolge einer Unterbietung des deutschen Kaufmanns eine Art unfreiwilligen Dumpings in der Welt entstehen könnte, eine Sorge, die uns veranlaßt, Ausfuhrerlöse zu erheben, ihren Sinn und ihre logische Begründung verloren haben in einer Zeit, in welcher diejenigen Unternehmungen froh sind, die nur auf Weltmarktparität liegen und sie nicht überschritten haben, was selber heute schon bei vielen deutschen Unternehmungen der Fall ist.

Wir werden

wertbeständige Löhne und Gehälter haben müssen, aber wir werden sie nicht geben dürfen, wenn wir ihre Grundlage feststellen auf der Grundlage des reichen Deutschlands des Friedens, sondern auf der Grundlage des schwer um seine Existenz ringenden Deutschlands der Gegenwart, das neben der eigenen Bilanzierung auch noch unendliche Verpflichtungen gegenüber dem Ausland auf sich genommen hat.

Wir werden auch nicht aus der Verarmung und Verelendung herauskommen, wenn wir nicht zu einer Produktionssteigerung im Innern gelangen, und auch in der Beziehung, glaube ich, wird es notwendig sein, daß wir alle Parteimeinungen und alle Dogmen entschlossen über Bord werfen, daß wir uns lediglich das eine sagen, daß es jetzt für uns darauf ankommt, durch alle diese Mittel einen lebensbejahenden Optimismus der Welt zu zeigen durch das Vertrauen auf die Wirkungen der eigenen Kraft. Denn

wir haben kein Recht, auf die Unterstützung der Welt zu hoffen, wenn wir der Welt nicht beweisen, daß wir selber noch an uns glauben und daß wir in der Lage sind, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

Dazu aber ist auch notwendig, daß die Erschütterungen aufhören, die in den Beziehungen der Völker zueinander bestehen. Der Jahre

finden vergangen seit dem offiziellen Friedensschluß, und doch leben wir immer noch in dem Kampf um den Frieden. Ueber uns schwebt immer noch das Damoklesschwert der endgültigen Befreiung unserer Verpflichtungen. Ich brauche Ihnen als Kaufleuten nicht zu sagen, wie lähmend auf jede Initiative es wirken muß, wenn man den Gesamtkomplex seiner Verpflichtungen überhaupt nicht zu übersehen vermag.

Was hier für den Weltkäufer gilt, das gilt auch für den Staat. Seit vier Jahren leben wir die Staatsmänner auf internationalen Konferenzen, sich bemühen, zu einer Regelung für den Frieden zu gelangen, aber bisher stets vergeblich. Man hat versucht, die Verantwortlichkeit der Bemühungen damit zu begründen, daß man Angriffe auf die deutsche Politik richtet und uns dafür verantwortlich macht, daß eine Lösung nicht gefunden werden konnte. Diese Angriffe beruhen vor allen Dingen darin, daß man erklärt, die deutschen Regierungen haben den Währungsverfall absichtlich herbeigeführt, daß man weiter erklärt, alle die deutschen Regierungen hätten übernommene Verpflichtungen nicht ausgeführt, sondern sich ihnen absichtlich entzogen. Lassen Sie mich dazu einige Worte sagen.

Wir sollen den Währungsverfall absichtlich herbeigeführt haben. Weins herant. Gibt es irgend jemand in der Politik oder in der Wirtschaft, der nicht ein Gefühl tiefer Beschämung und tiefer Depression empfindet, wenn er an unsere Währungsverhältnisse denkt. Wir haben ein minderwertiges Zahlungsmittel, beinahe das minderwertigste in der ganzen Welt. Die große Macht und der Einfluß unserer Finanzinstitute von früher ist heute international kaum noch vorhanden. Um keine Geldsummen, die wir für Importe, für die Ernährung brauchen, aufzubringen, müssen wir heute Anstrengungen in der ganzen Wirtschaft machen, dort, wo früher eine einzige Bank spendend diese Kredite erteilt hätte. Wir haben gesehen, welche Wirkungen dieser Währungsverfall im Innern mit sich gebracht hat. Einstill der ehrlichen Spekulation ist ein unsicheres spekulatives Moment in alle Unternehmungen hineingekommen. Der Kaufmann wagt nicht das Risiko, ein Risiko kann er auf sich nehmen, aber er scheut die Ungewißheit der heutigen spekulativen Einstellung aller Dinge, die dazu geführt hat, daß die kaufmännische Geniey am allermeisten gestillt hat, und das, was an ihrer Stelle gekommen ist, gibt uns keinen Ersatz für das, was wir einst an diesem Kaufmannstande gehabt haben.

Dazu kommt ein zweites. Jeder Staatsmann muß sich darüber klar sein, welche Verleumdung gerade in dem gegenwärtigen Deutschland durch diesen Währungsverfall vor sich gegangen ist. Auch die Welt da draußen sollte einmal den Blick auf diese Dinge lenken. Gerade das geistige Deutschland hat das nationale Moment immer mit der starken Verbindung mit der Welt, da draußen zu verbinden gewußt durch die Aufnahme aller geistigen Strömungen des Auslandes und durch ihre Verarbeitung, um sie dann weiter zu tragen zu anderen Völkern. Wir haben mit der schwer bezahlt, und ich glaube, die Ruinen Frankreichs werden sich eher aufbauen lassen als das, was hier vor uns versunken ist, vielmehr für eine Generation, durch diese Expropriation, die der Krieg mit sich gebracht hat. Wenn man also sagt, man hätte den Währungsverfall absichtlich herbeigeführt, so kann ich Ihnen erklären, ich würde einen solchen Staatsmann, der diesen Währungsverfall absichtlich herbeigeführt hätte, für den größten Betrüger am deutschen Volke halten!

Wenn unsere jetzigen ersten Versuche, unsere Verhältnisse bei uns im Innern zu konsolidieren, greifbare Erfolge herbeiführen sollen, müssen sie wenigstens aufgebaut sein auf einem Zustande, der die Anerkennung der Souveränität des Reichs in sich birgt, das über die ganzen wirtschaftlichen Kräfte des Landes verfügen kann.

Man hat auch hier die Frage aufgeworfen, wer an dem Gesamtkomplex der politischen Verhältnisse schuld sei. Ich gebe hier auf politische Fragen der Vergangenheit nicht ein, obwohl es gerade vom deutschen Standpunkt aus sehr verführerisch wäre, die Frage von Recht und Schuld in diesem Zusammenhange nochmals zu erörtern, nachdem sie in der Rolle der britischen Regierung eine so bedeutende und durchschlagende Würdigung vor der ganzen Welt gefunden hat.

Fragen von Schuld und Recht wird das deutsche Volk dem Urteil unparteilicher Schlichter jederzeit gerne zu unterwerfen bereit sein.

weil sein eigenes gutes Gewissen in diesen Fragen es diesem Urteilspruch ruhig entgegensehen läßt. Gestatten Sie mir, auf die von französischer Seite oft gehörte Behauptung hier einzugehen: Deutschland habe sich seinen Verpflichtungen absichtlich entzogen. Deutschland habe überhaupt bisher keine beachtenswerten Reparationsleistungen gemacht. Es mag sein, daß das Vertrauen in deutsche Erklärungen durch eine Einstellung der Welt gegen uns

erfüllt ist, und deshalb will ich nicht damit beginnen, unsere Schätzungen zu nennen. Ich möchte aber das in Ihr Gedächtnis zurückrufen, was Minister von Rosenberg im Reichstag ausgeführt hat, nämlich daß das „Institut of Economics“ in Washington, eine amerikanische wissenschaftliche Korporation, ein Kreis von amerikanischen Gelehrten, Angehörigen eines Volkes, das im Kriege gegen uns in Waffen stand, in einer offiziellen und sehr ausführlichen und sorgfältigen Veröffentlichung erklärt hat,

daß Deutschland vom Tage des Waffenstillstandes an bis zum 30. September 1922 mindestens 25 bis 26 Milliarden Goldmark in greifbaren Werten an seine Gläubiger abgeliefert hätte,

und daß das Wort dieser amerikanischen Instanz darauf hinauskomme, daß es vom deutschen Standpunkt aus gerechtfertigt sei, noch erhebliche weitere Werten den deutschen Leistungen hinzuzuzählen. Die deutsche Regierung selbst bezieht die deutschen Gesamtleistungen auf Grund sorgfältiger und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark. Wenn die einzelnen Ziffern nicht genug sagen, dem möchte ich in die Erinnerung zurückrufen, was es für ein Land wie Deutschland, das einst an der zweiten Stelle der Weltwirtschaft stand, bedeutet, daß es bis auf Fahrzeuge, die kaum Rüstungsjahre genannt werden können, seine ganze Handelsflotte restlos ausgeliefert hat. Ich glaube nicht, daß seit dem zweiten punischen Kriege es überhaupt jemals eine derartige Uebereignung lebenswichtiger Sachwerte an ein anderes Volk gegeben hat, wie sie das deutsche Volk hergegeben hat. Ich darf darauf hinweisen, was es für ein Land wie Deutschland bedeutet, das an der zweiten Stelle in der Weltwirtschaft stand, das die größten Niederlassungen in der ganzen Welt sein eigen nannte, das in zwei Generationen im Zustande aufgebaut hatte, was dem deutschen Fleiße möglich war, wenn es

sein ganzes deutsches Eigentum im Auslande zur Verfügung stellen mußte.

Lassen Sie mich hier ein Beispiel für die Beurteilung unserer Leistungsfähigkeit anführen. Vergleichen Sie das England der Gegenwart mit dem Deutschland der Gegenwart. England hat den Krieg nicht verloren, es hat den Krieg gewonnen. England ist aus dem Kriege hervorgegangen mit einem großen Plus an politischer Macht, in voller Freiheit aller seiner Weltbeziehungen, in größerer Kraft gegenüber dem an Händen und Füßen gebundenen Deutschland als jemals zuvor. England hat keine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, Verpflichtungen, die nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was wir leisten sollen, auf einen Zeitraum von 2 Jahren verteilt. England hat sich ferner ausbedungen, daß seine Verpflichtungen mit einem ganz geringen Zinsfuß verzinst werden. Gewiß, man könnte mir entgegenbringen: Du darfst nicht den Säger vergleichen mit dem Besiegten, der größere Lasten auf sich zu nehmen hat. Aber auch die Politik findet da ihre Grenzen, wo die Leistungsfähigkeit eines Volkes aufhört, nutzbar gemacht werden zu können! Wenn ich mir als Volkswirtschaftler vorstelle, daß dieses Deutschland der Gegenwart, das die Kohlengruben an der Saar, daß die Kohlenlager in Oberschlesien, die Kallgrube im Elsaß und die großen Erzkorkommen verloren hat, die es einst brach, heute Leistungen auf sich nehmen soll, die ein Vielfaches von dem ausmachen, was das siegreiche England zu übernehmen sich getraut, dann erkläre ich das für eine Unmöglichkeit, die jeder einsehen muß, der die Dinge im Licht der Wirklichkeit betrachtet.

Das geschwächte Deutschland kann nicht leisten, was das wirtschaftlich stärkere Volk der Welt für sich für unmöglich erachtet.

Das sind die Dinge, die Fragen, die uns so außerordentlich bedauern lassen, daß der Vorklag, Sachverständige zu ernennen, die die wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands feststellen sollten, nicht bei allen Alliierten Zustimmung gefunden hat. Wollte man sich doch auch darüber klar sein, daß es auch vom Standpunkte dieser Alliierten aus unrichtig ist, durch eine Politik, die Deutschland so schwächt, daß es nicht mehr bestehen kann, Verhältnisse in Deutschland herbeizuführen, die weit über die deutschen Grenzen hinaus auch andere Länder nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und sozial in der verhängnisvollsten Weise würden beeinflussen können. Was die Welt von den Staatsmännern der Welt erwartet, ist

nicht unfruchtbarer Polemik über vergangene Zeiten, sondern ist der Weg in die Zukunft, der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet,

der an die Stelle des Währungschaos wieder zu den ungeschriebenen Gesetzen des Weltfriedens zurückführt, auf denen sich einst der Wirtschaftsaufbau der Welt aufbaute. Höchst beachtenswerte Gedanken, welche die Aussicht haben, eine solche praktische Lösung zu

eröffnen, finden wir in der letzten amtlichen Veröffentlichung der britischen Regierung. Auch der französische Ministerpräsident hat in Charleville eine praktische Lösung als Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg der praktischen Lösung soll nach dem französischen Gelbbuch beschritten werden durch die Erfassung positiver Pfänder für später eingehende Leistungen an die Alliierten. In ihren Instruktionen an die französischen Botschafter in London und Brüssel vom 10. und 12. Juni d. J. sind u. a. drei solcher positiver Pfänder angegeben: erstens eine Ausbeutung deutscher Eisenbahnen, zweitens unmittelbare Leistungen aus der deutschen Wirtschaft und drittens die Inanspruchnahme deutscher Zolleinnahmen.

Garantien, gegeben durch deutschen Reichsbank in bezug auf die deutsche Reichsbahn, Garantien, gegeben durch eine hypothekarische Belastung der gesamten deutschen Wirtschaft, und Garantien, gegeben durch die Inanspruchnahme deutscher Zölle auf Luxusimporte und der deutschen Verbrauchsausgaben finden sich aber auch als Hauptteil in dem Memorandum der deutschen Reichsregierung vom 7. Juni d. J., jenem Vorschlag, der zu unserem Bedauern bis heute keine Antwort seitens der Alliierten oder seitens einer alliierten Macht gefunden hat.

Wir sind uns bewußt, mit diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die deshalb als eine äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie über die Pfändnahme des Versailler Vertrages hinausgeht.

Die uns verbliebene Kraftquelle auch der privaten deutschen Wirtschaft unmittelbar in den Dienst der Garantien der deutschen künftigen Leistungen hineinzieht.

Die Bedeutung der deutschen Wirtschaft wird gerade in dem französischen Gelbbuch sehr stark hervorgehoben. Man spricht davon, daß zwar das Deutsche Reich arm, der deutsche Reichtum aber unzerstört sei. Sie erkennen alle die Uebereignung der deutschen Wirtschaftskraft, die darin liegt, und nichts kennzeichnet dies so stark, wie die Tatsache, daß kürzlich — irre ich mich nicht, bei einer Generalversammlung der Deutschen Bank — ein Aktionär darauf hinwies, daß die Dividende, die die größte Bank Deutschlands auszahlt, nicht den Betrag einer Straßenbahnfahrt in Berlin ausmacht. Aber wofür?

wenn in der deutschen Wirtschaft Zukunftsmöglichkeiten, Zukunftsentwicklungen liegen — und ich gebe zu, daß sie in der deutschen Wirtschaft liegen, wenn wir endlich zur Ruhe nach außen und zur Konsolidierung nach innen kommen —, so bedarf es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundsätze des Memorandums der deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der diese letzte, uns verbliebene Kraftquelle zum Träger der Garantie deutscher Reparationsverpflichtungen macht.

Wir haben schon unter der Regierung meines Amisorgängers Gelegenheiten vorbereitet, die im Anschluß an das Memorandum vom 7. Juni die Grundgedanken dieser Pfändgabe in gefestigte Formen bringen, in der Uebersetzung, daß das Memorandum nicht nur eine Deklaration sein soll, sondern daß es auch zu einer Verständigung führen müßte, für die wir schon die Vorbereitungen getroffen hatten und zu der wir die Zustimmung der Gesandten zu geben bereit sind. Die jetzige Regierung hält an dem Angebot der vorigen Regierung fest.

Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Wahrung unserer Souveränität, für die Konsolidierung unserer Verhältnisse sieht sie das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten.

Wenn die französische Regierung aufrichtig von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so

könnte sie wohl einen Weg der Verständigung mit uns finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und Deutsches Reich andererseits gehen.

Die, wenn auch nur vorübergehende Versündigung des Ruhrgebietes selbst, die Uebereignung der rheinländischen Bahnen, die Uebereignung einzelner Bergwerke und Besitztümer an Rhein und Ruhr, ihre Uebertagung noch dazu an alliierte Gesellschaften, an deren Verwaltung auch „die Rheinländer“ teilnehmen könnten, wie sie in den Dokumenten 28 und 29 des französischen Gelbbuches in die Debatte geworfen wird, kann von uns nicht als Grundfrage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden. Diese speziell auf das Rheinland und auf das Ruhrgebiet abgestellte Reparationslösung

Soziale Utopien.

Von Willy Webers.

Noch nie war die Menschheit mit ihrem Lose zufrieden. Immer wünschte sie, daß es anders werden möge. Dabei legte sie im Stillen voraus, daß es dann auch besser werde. So entstanden in unzähligen Köpfen Idealgebilde, Träume von besseren Zeiten und besseren Welten. Bitter empfanden diese Geister die Gegenwart und es wuchsen aus solchen Grübeln zuweilen Aufstand und Empörung heraus, oft aber auch der Drang nach Erkenntnis. Es galt, die Ursachen der zeitlichen Schäden zu begreifen, um sie beseitigen zu können. So sind auch die sozialen Utopien entstanden, so entstehen sie noch heute. Je nach den Verhältnissen war ihr Einfluß auf die Ereignisse mehr oder weniger groß. In den Theorien politischer Parteien klingen utopische Träume und Hoffnungen mit und wenn es gelingt, den Glauben an ihre Erfüllbarkeit zu wecken, zu erhalten und noch zu stärken, dann erleben solche Parteien ihre große Zeit. „Das Leben, das Du lebst, ist trüber Schein, das Leben, das Du träumst, ist lebenswert allein!“, sagte ein Dichter. Er hat damit auch angedeutet, daß diesen Menschen das Erkennen der rauhen Wirklichkeit unmöglich oder zum mindesten unerwünscht ist. Sie bedürfen eines Ideals, dem sie anhängen, in das sie sich so hineinleben, daß sie gleichsam durch dieses Ideal die ganze Welt sehen. Oft erleben sie schwere Enttäuschungen, weil sie, zu sehr in ihre Gedanken eingesponnen, die Verbindung mit der Wirklichkeit verloren haben und die Ursache für die Nichterfüllung ihrer Hoffnungen niemals bei sich, sondern stets bei den anderen suchen, die ihre Weltanschauung nicht teilen. Dennoch muß das Ziel möglichst hoch gesteckt werden, wenn die natürliche Trägheit des größten Teils der Menschen überwunden werden soll. So haben auch Utopien, Idealgebilde von anderen, besseren Welten, deren Möglichkeit niemals wissenschaftlich bewiesen, an die nur geglaubt werden kann, eine nicht zu unterschätzende Aufgabe zu erfüllen.

Die sozialen Utopien sind so verschieden, wie die Menschen, die sie schufen und die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, die ihre Entstehung veranlaßten. Die Weltanschauung des Verfassers gab der Utopie schließlich die Prägung. Religionen sind keine sozialen Utopien, sie stützen sich auf Offenbarungen oder Uebereignungen, sie erstreben nicht die Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern wollen nur innere Glückseligkeit durch Beseitigung der menschlichen Seele. „Was hilft es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.“ Mit diesem Satz ist die Stellung der Religionen zu dem Zustande jeder Gesellschaft gekennzeichnet. Jede Religion will alle Menschen für sich gewinnen, jede politische Partei will die größte werden, es gab und gibt keinen überzeugenden Utopisten, der nicht alle Menschen zu seiner Ansicht bekehren möchte. Dennoch ist mit keiner Lehre und keinem Programm dieses Ziel erreicht worden. Wenn die Verhältnisse auch das Denken der Menschen beeinflussen, so ist

doch das Ergebnis dieser Einwirkung, selbst bei gleichen Voraussetzungen, grundverschieden. Es gibt Menschen, die jeden Gedanken an eine soziale Revolution rundweg ablehnen, die wohl an Verbesserungen glauben, aber jedes darüber hinausgehende Ziel für überflüssig halten. Es gibt andere, denen allein die Vorstellung einer besseren Welt genügt. Diese reinen Idealisten denken nicht daran, an der Bewirkung ihres Ideals zu arbeiten, oder sie erwarten diese Bewirkung in so ferner Zukunft, daß selbst Utopien, denen sie vielleicht anhängen, beinahe aufhören, Utopien zu sein. Nur die, die sich für eine Idee so begeistern, daß sie bereit sind, an ihrer schnellen Bewirkung mitzuarbeiten und die hoffen, daß eine Veränderung wirtschaftlicher Verhältnisse von heute auf morgen verwirklicht werden könne, sind als die eigentlichen Utopisten zu bezeichnen. Diese von einer neuen Lehre innerlich Erfüllten sind die Hauptträger sozialer Utopien, die aber immer erst dann einsehen, wenn Verhältnisse und Menschen dazu reif geworden sind. Diese markierbaren Verehrer umwälzender Gedanken wollen immer die Dinge „vornwärtsstreben“. Wenn es dabei Hemmnisse gibt, die zum Stillstand führen, lassen sie sich oft so entmutigen, daß sie den Glauben an die bisher mit Feuer vertretene Anschauung verlieren. Viele bescheiden sich in der Folge, wohl an das Ideal zu glauben und auf spätere Bewirkung zu hoffen. Andere verlieren jeglichen Glauben und werden müde Verehrer jenes traurigen Sokrates, der behauptet, daß alles schon immer so gewesen sei und auch immer so bleiben werde.

Dieses Zurückbleiben der Begeisterung, das Hervortreten der Enttäuschung ist bei allen sozialen Kämpfen festzustellen und erscheint wie ein Pendelschlag der Weltgeschichte. So wie eine Dampfmaschine durch ihre hin- und hergehende Bewegung dennoch fortlaufend Arbeit leistet, die sich in der immer gleichen Drehrichtung des Schwungrades auswirkt, wirkt auch dieses Auf und Nieder in der Menschheitsgeschichte. Aus der eben geschilderten geistigen Einstellung der Menschen ergibt sich, daß die Hoffnung, jemals alle Menschen für eine Anschauung gewinnen zu können, schon an sich eine Utopie ist. Aber auch nach dieser Richtung ist eine Uebereignung des Zieles nötig, um zu höchsten Anstrengungen zu spornen und den größten Erfolg zu erzielen.

Vollständiger Personenkatalog. Unter den Blumenanfragen der Moskauer landwirtschaftlichen Ausstellung befindet sich u. a., wie der Ost-Expres aus Moskau meldet, ein Bildnis Venins, das in sehr großen Dimensionen aus lebenden Blumen zusammengeleitet ist. Unter dem Bildnis steht, ebenfalls in Buchstaben aus lebenden Blumen, ein längeres Zitat aus einer Rede Venins über die neue Politik der Sowjetregierung. — Ferner hat die Sowjetregierung auf Anrore der lokalen Behörden beschlossen, ein Lenin-Museum in Simbirsk a. d. Wolga, der Heimatstadt Venins, in einem Hause zu eröffnen, in dem Lenin in seiner Kindheit lange gelebt hat. Da das Haus Privatbesitz ist, soll es unter Entschädigung seines Besitzers nationalisiert werden.

Der Städtebaukongress in Götting.

In Verbindung mit der Jubiläumsausstellung war in Götting, Schweden, vom 27. Juli bis 12. August eine internationale Städtebauausstellung angeordnet. Deutschland, das durch die meisten Staatsbehörden, Städte und Siedlungsorganisationen sowie die Wanderausstellung des Deutschen Archäologischen Instituts in hervorragender Weise vertreten war, errang dort einen vollen Erfolg. Dieser Erfolg gewinnt besondere Bedeutung dadurch, daß das meiste deutsche Material, das vor dem Kriege der D. A. I. Ausstellung zur Verfügung gestellt war, noch immer von den Franzosen zurückgehalten wird und nach den letzten Nachrichten wahrscheinlich überhaupt verbrannt ist.

Mit dieser Ausstellung zusammen veranstaltete die englische Garten- und Städtebau-Gesellschaft eine internationale Städtebaugongress, die von zahlreichen Hochschulen, Politikern und Kommunalbeamten besucht war. Die Beteiligung Deutschlands war auch hier trotz der Reiseschwierigkeiten besser als erwartet wurde. Diese Tagung verlief sehr anregend. Deutscherseits referierten Ministerialrat Dr. Schmidt vom Reichsarbeitsministerium über den Stand des deutschen Siedlungswesens und Regierungsbaumeister a. D. Langen über prinzipielle Fragen des Städtebaus.

Einen breiten Raum nahm in der gesamten Veranstaltung das Großstädteproblem ein. Während auf der Tagung der Engländer Linwin mit seiner Theorie der Bildung von „Trabantstädten“ stark hervortrat, war in der Ausstellung Deutschland der hauptsächlichste Vertreter der Großstadtentwicklung. Martin Wähler stand hier mit dem Problem Groß-Berlin, das er durch Pläne, Bilder und Statistiken in wirkungsvoller Weise veranschaulichte, Siedlungstechnik und -politik vorführte, im Mittelpunkt. In den Diskussionen kamen alle Schwierigkeiten zur Sprache, die der Praxis in der Entwicklung der Großstädte begegnen. In England und Amerika haben sich Verhältnisse herausgebildet, die dazu zwingen, die weitere Entwicklung der besseren Einsicht der Einwohner zu lange zu überlassen, bis andere Rechts- und Verwaltungsverhältnisse geschaffen sind. Ueber den konstruktiven Teil des Städtebaus hat man deshalb auch noch nicht nachgedacht. Deutschland teilt erfreulicherweise diese Auffassung nicht, sondern sucht die Ursachen der Großstadtschwierigkeiten in den Zusammenhängen von Industrie und Siedlung wissenschaftlich zu erforschen und die Ergebnisse in der Praxis nutzbar zu machen. Der weitere Verlauf der Besprechungen zeigte, daß dieser Standpunkt sehr bald Nachahmung finden wird.

Das Staatliche Schauspielhaus wird in dieser Spielzeit den zweiten Teil des „Faust“ neuinszeniert heranzubringen.

Bernhard Gills „Uebertun“ soll demnächst von Lesfeld Richard Ingelhart, in der „Nungen Bühne“ aufgeführt werden. Agnes Straub und Eugen Altpfarrer werden mitwirken.

Die Verbreitung der Bibel. Nach dem Rechenschaftsbericht, den die Londoner Bibelgesellschaft kürzlich erstallte, hat die Zahl der Bibelübersetzungen seit dem Jahre 1900 einen Zuwachs von 150 weiteren Ausgaben in fremden Sprachen erfahren. Damit ist die Zahl der Uebersetzungen der Bibel auf 688 Sprachen gestiegen. Die Zahl der Exemplare, die bis zum Jahre 1923 gedruckt wurden, übersteigt 2 Millionen.

wieft zugleich alle politischen Fragen auf, die sich in der Befehung des Ruhrgebietes und die sich in der Rheinlandsfrage für die internationalen Beziehungen der Völker ergeben. Demgegenüber möchte ich ebenso klar, wie ich mich hier zu der Politik der politischen Pfänder für die Reichsregierung bekannt habe, auch das eine ausführen: für uns gibt es keine Rheinlandsfrage, die international zu lösen ist, für uns gibt es nur eine Rheinlandsfrage innerhalb des Deutschen Reiches.

Die Verfassung des Deutschen Reiches gibt jedem deutschen Volkstamme, auch den Rheinländern, das Recht, nach ihrem eigenen Willen und Wunsch zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des Deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken, und bis zur Stunde liegen uns nur die Erklärungen sämtlicher deutschen Parteien im Rheinlande vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr Treuverhältnis zum Reich und Preußen, das geschichtlich in ihrer inneren Einstellung begründet ist, im geringsten zu ändern.

Meine Herren! Ich habe in meinen Ausführungen schon wiederholt zum Ausdruck gebracht — und ich bin deswegen manchmal angegriffen worden — die Frage, welche Lasten wir übernehmen, ist eine Frage der Verhandlungen und der Kompromisse; ist auch eine Frage, in bezug auf die ich mich auf eine Grenze in keiner Weise festlegen, zumal diese Grenzen nicht zu übersehen sind.

Das ist eine Frage, in der wir in unseren Zuständen nicht weit gehen können und weit gehen werden, wenn es gilt, uns die Freiheit zu sichern. Aber mit derselben Entschiedenheit müssen wir auch betonen: die Rheinlandsfrage ist keine Frage von Kompromissen, die Rheinlandsfrage ist eine Lebens- und Herzensfrage des deutschen Volkes, in der es für jede Partei, in der es für jeden Deutschen nur eine Lösung geben kann: den freien deutschen Rhein in unserem eigenen Deutschland. Das möge man in der Welt hören, das möge man in der Welt auch in dem Sinne betrachten, wie es von jedem Deutschen angesehen wird.

Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten, daß er, daß Frankreich weder politische Ziele verfolge, noch annexionsistische Gedanken hege — Erklärungen, die er gegenüber anderen Regierungen in feierlichen Dokumenten niedergelassen hat — begrüßen wir mit Genugtuung. Mit diesen Erklärungen sind aber die französischen Vorschläge zur Pfänderfrage nicht vereinbar, denn

die Lösung durch Rheinlandsbahnen und Ruhrbergwerke schafft die Voraussetzung für Befestigungen auf politischem Gebiete, die wir zurückweisen.

Erst wenn die politischen Ziele, die diesen Vorschlägen innewohnen, zurücktreten gegenüber wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaft teilnehmen kann, wird der Weg zu einer praktischen Lösung, von der der französische Ministerpräsident in Chartreuse sprach, offen sein.

In einer anderen Stelle ist auf Oesterreich als Beispiel verwiesen worden, das sich aus eigener Kraft vom Währungsversagen errettet habe. Wir können das Beispiel ablehnen. Oesterreich hat keine Befähigung, Oesterreich hat starke internationale Goldkredite und weitestgehende Erleichterungen in seiner Reparationslast erhalten. Wenn man uns von der Befähigung befreit, uns internationale Goldkredite zur Verfügung stellt, wenn man uns alle die anderen Erleichterungen wie Oesterreich gewährt, dann wird auch für uns der Tag kommen, an dem wir in der Lage sind, unser Budget in Ordnung zu bringen, und der Tag, an dem die Notenpresse stillgelegt werden kann, wird der erste Freudentag des deutschen Volkes sein. Hier möge man nicht Unähnlichkeiten miteinander vergleichen oder aber die Konsequenzen aus diesem Vergleich auch uns gegenüber ziehen.

Da man uns ja alles Böse zutraut, so spricht man auch in den Rundgebungen der Alliierten mindestens von einer Seite davon, daß wir durch Anträge darauf hinarbeiten, einen Zwiespalt zwischen den alliierten Mächten herbeizuführen, um daraus Nutzen zu ziehen.

Ich würde mich für einen politischen Dilettanten halten, wenn ich meine Politik auf die Erregung des Zwiespaltes unter den Alliierten einstellte, denn die Regierung ist sich darüber klar, daß dieses ganze Reparationsproblem nur in gemeinsamer Verhandlung der Alliierten untereinander und dann später mit Deutschland gelöst werden kann.

Wir haben kein Interesse daran, daß die Alliierten in Unfrieden untereinander geraten. Man muß sich aber auch darüber klar sein, daß eine Lösung ohne Deutschland und ohne Deutschlands freiwillige Mitarbeit an der Durchführung der Lösung nicht möglich ist. Ob wir uns lieben oder hassen, wir sind in einer Schicksalsgemeinschaft miteinander, und irgendwelche

Methoden, die nicht getragen werden von dem Willen des deutschen Volkes, werden keine Ereignisse haben,

weder für Deutschland noch für irgendeine französische Regie, welcher Art sie auch sein möge. Wäre es nicht verständlicher, wenn man auch einmal in den anderen Ländern sich darüber klar würde, was weltliche englische Staats- und Wirtschaftspolitik längst erkannt hat, daß auch die Kriege und die Veränderungen der letzten Jahre an den wirtschaftlichen Grundbedingungen der Völker nichts ändern können. Die wirtschaftlichen Grenzen geben nicht konform mit den politischen Grenzen. Wird in dem Wirtschaftsgebiete Europas, das die Alliierten und uns gemeinsam umfaßt, ein Stützpunkt und zum wirtschaftlichen Sterben verurteilt, so wird sich der Brand an dem ganzen Körper weiterverbreiten.

Der französische Ministerpräsident hat davon gesprochen, daß Frankreich ein Recht auf Leben hat. Aber dasselbe Recht auf Leben nehmen wir für uns in Anspruch und die Abhängigkeit eines solchen Rechtes auf Leben ist noch immer die größte Gefahr für die Gesamtheit aller Völker gewesen.

Aber es scheint mir Zeit, daß man aus den theoretischen Erwägungen der Lösung dieser Fragen herauskame, und es scheint mir Zeit, die Lösung dieser Fragen praktisch anzupacken. Bisher gibt es irgendwo auch eine politische Genugtuung über den deutschen Wirtschaftsverfall. Ich würde eine solche politische Genugtuung nicht verstehen, denn der Verfall der deutschen Wirtschaft ist auch der Verfall von allen Garantien für die Leistung von Reparationen. Gleichzeitig ist er aber auch

der Herd für Bewegungen, die Staat, Kultur und Gesellschaftsordnung untergraben.

Soll sich die kulturelle und wirtschaftliche Stellung Europas noch einmal in alter Weise in der Welt geltend machen, oder soll dieses Europa, das so aus diesen Bünden blüht, aufhören, die Stellung einzunehmen, die es früher in der Welt befaß? Das ist eine Frage, die nicht nur für uns in Betracht kommt, sie kommt auch in Betracht, wie die einschlägige Art der englischen Auffassung zeigt, für die Beziehungen aller Völker zueinander. Sie ragt auch, glaube ich, über den Begriff Europa hinaus nach dem anderen Kontinent, nach den

Bereinigten Staaten von Amerika.

Ich hatte vor einigen Monaten Gelegenheit, einen der hervorragendsten Amerikaner zu sprechen. Er sagte mir: „Ob Deutschland wirtschaftlich in Blüte steht oder verfällt, ist für uns keine Lebensfrage. Aber zum mindesten ist es auch für Amerika die Frage von Prestige oder von Stagnation. Unsere Prosperität und weitere Entwicklung kann nur im Zusammenhang mit einem gesunden, nicht mit einem hinfälligen Europa erfolgen.“

Aber ganz abgesehen von diesen materiellen oder wirtschaftlichen Erwägungen scheint es mir auch eine Notwendigkeit zu sein, zu betonen, daß ein Staat und ein Volk, das in entscheidender Weise den Krieg und die Bedingungen des Friedens mitentschieden hat, auch die Verpflichtung hat, an der Herbeiführung des endgültigen Friedens mitzuwirken und sich nicht berechtigt zu halten, davon sich auszusprechen.

Meine Herren! Ein sehr trübes Bild ist es, daß ich hier entwerfen möchte, und bei diesem trüben Bild ist es nur ein geringer Trost, daß wir nicht die einzigen sind, die unter diesen Verhältnissen leiden. So wie wir unter dem Niedergang unserer Währung leiden, leiden andere Länder unter dem Hochstand ihrer Währung. So wie wir leiden durch die Abhängigkeit des Ruhrgebietes von dem übrigen Deutschland, so leiden auch uns eng benachbarte Länder darunter, daß eine der wichtigsten großen Krisen der europäischen Wirtschaftspraxis stillgelegt ist. Gibt es noch eine Gemeinlichkeitspflicht des Völkergedankens, wie er gerade als Ergebnis des gegen uns gewonnenen Krieges von denen, die den Krieg gewonnen haben, in den Vordergrund gestellt worden ist, so müßte es doch die erste Aufgabe sein, die Welt vor neuen Erschütterungen zu bewahren, dann müßte es doch wohl die erste Aufgabe sein, ein Neben- und Miteinanderleben der Nationen auf die Dauer zu sichern.

Das deutsche Volk — ich sagte es schon in meinen einleitenden Worten — hat ein tiefes Sehnen nach Frieden, Freiheit und Ordnung. Wir tun das unsere dazu, um hier den Weg zu bahnen, wir schrecken vor den größten Opfern nicht zurück, möge aber der Ruf an die Staatsmänner, die mächtiger sind als wir, auch für die Dauer diese Verhältnisse zu sichern, nicht ungehört verhallen. Das ist eine Frage, die nicht nur unser Leben und Sterben angeht, sie geht auch Europa an: Es ist die Entscheidung zwischen Frieden, Wohlfahrt und Besitzung oder Niedergang und Chaos!

Kanzler und Knilling.

Der Reichskanzler hat sich am Freitagabend zu einem Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten nach Mittenwalde begeben. Der Besuch gilt in der Hauptsache der Erörterung des Verhältnisses zwischen dem Reich und Bayern.

Die Steuerproteste.

Treibereien der Interessenten.

Der Ansturm der Interessenten, der sich gegen die Steuern richtet, hält an. Von allen Seiten dringt man auf die Regierung ein, um mindestens einen Aufschub in der Steuerzahlung zu erreichen. Schon dieser würde die Wirkung der Steuererhöhung beeinträchtigen, die ja als Notgesetz geschaffen wurden und mit der Absicht, innerhalb kürzester Frist große Summen in die Hände des Reiches zu bringen. Wie soll die Tätigkeit der Notenpresse verlangsamt werden, wenn die dem Reich zustehenden Steuerbeträge nicht eingehen? Der Weg, den der Zentralverband des deutschen Großhandels gewiesen hat, indem er wertbeständige Steuerwechsel vorschlug, erweist sich bei näherer Betrachtung als nicht gangbar. Vor allem anderen schließt er die Gefahr nicht aus, daß man die Steuern auf die Warenpreise, das heißt wieder auf die Verbraucher abwälzen sucht und aus laufenden Einnahmen diejenigen Abgaben zahlt, die als Abgaben von dem bereits erzielten Einkommen gedacht sind.

Immer wieder wird in den Protesten aus Industrie und Handel darauf hingewiesen, daß man bei schleuniger Steuerzahlung Bestandteile der Vermögenssubstanz, insbesondere Betriebskapital, preisgeben müsse, daß diese Werte, die in Aktien, Devisen und Waren festliegen, verschleudert werden müßten. Die Entwicklung der letzten Woche gibt nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür, daß das zutrifft. Leute, die von den Steuermahnmahnen einen starken Niedergang der Aktienkurse erwarten, sind erstaunt, daß dieser kaum spürbar geworden ist. Daß am Warenmarkt von einem Uebermaß an Angebot und von sinkenden Preisen nicht die Rede sein kann, spürt jeder Verbraucher nur zu gut. Und auch am Devisenmarkt stehen, wie die täglichen Aufteilungen bei der amtlichen Notierung zeigen, Angebot und Nachfrage noch etwa in demselben Verhältnis wie früher. Daß das Betriebskapital der Unternehmungen gefährdet ist, davon ist gleichfalls nichts wahrzunehmen. Obwohl der Markt noch immer sehr aufnahmefähig ist, so aufnahmefähig, daß man hundertaufende von Prozent für das Recht auf den Bezug einer neuen Aktie zahlt — nicht für die Aktie selbst —, ist nirgends zu beobachten, daß auch nur ein Unternehmen im Hinblick auf die bevorstehenden Reststeuern ihr Aktienkapital erhöht.

Das einzige, worin alle gegen die Steuer Protestierenden übereinstimmen, ist die Drohung mit der Stilllegung von Betrieben. Dagegen ist entschieden Einspruch zu erheben. Die Regierung hat die Pflicht, ungerichtete Betriebsstillegungen zu verhindern. Es ist aber auch im höchsten Grade volkseindlich, wenn man mit Betriebsstillegungen droht, ohne daß alle Reserven zur Aufrechterhaltung des Betriebes mobilisiert worden sind. Das ist, wie die Vorgänge an den Wertpapier- und Warenmärkten zeigen, bisher nicht geschehen. Die Regierung hat jedenfalls keine Veranlassung, die gewaltigen Selbstwertungsgewinne der Sachwertbesitzer zu schonen oder gar noch durch eine gaudernde Finanzpolitik zu fördern. Wir verlangen, daß sie gegenüber dem Ansturm der Interessenten fest bleibt, und daß sie auch sobald als möglich die Notverordnung zur Schaffung des Devisenfonds für die Marktstützung erläßt, die nun schon so lange auf sich warten läßt.

Verschärfung der Valutaschutzgesetze.

Im „Reichsanzeiger“ erscheinen demnächst, wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, weitere Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung. Diese Bestimmungen bedeuten eine erhebliche Verschärfung der bisher zum Schutz der Valuta erlassenen gesetzlichen Vorschriften. Was es den Besitzern einer Handelskammererlaubnis bisher möglich, selbst für den Bedarf einer ferneren Zukunft und den ihrer Abnehmer, denen oft Devisenzahlung abverlangt wurde, fremde Zahlungsmittel zu kaufen, so wird das Recht, einen „Bedarf“ geltend zu machen, jetzt erheblich beschnitten. In Zukunft darf nämlich ein Betrieb nur noch den Betrag an Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung halten, dessen er zur Fortführung innerhalb zweier Monate im durchschnittlichen Umfange der Monate Mai bis Juni 1923 bedarf. Darüber hinaus dürfen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, auf Grund einer Handelskammerbescheinigung nicht erworben werden. Die Frist von zwei Monaten kann verlängert oder verkürzt werden. Hierfür sowie für die Bewilligung von Ausnahmen und den Erlaß von Nichtlinien ist der Beauftragte des Reichswirtschaftsministers für Devisenprüfung zuständig. Wer ausländische Zahlungsmittel erwirbt, muß also nachweisen können, daß ohne diesen Erwerb eine Störung seines Betriebes innerhalb der nächsten zwei Monate eintreten müßte. Andernfalls macht er sich strafbar.

Der Verkehr mit Auslandszahlungsmitteln im Inland wird erheblichen Beschränkungen unterworfen. Auf das Ausland lautende Wechsel dürfen nicht mehr beliebig, sondern nur

nach nach Zustimmung des Finanzamtes in Geldorten umgewandelt werden. Auch Auszahlungen von einem Währungskonto dürfen nur noch mit Zustimmung des Finanzamtes in Noten erfolgen. Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Gewisse Erleichterungen bringt die Verordnung für den Schiffsverkehr, soweit dieser darauf angewiesen ist, sein Personal oder Dienstleistungen in fremder Währung zu bezahlen. Die bisherigen Ausnahmen von der Devisenspekulationsverordnung auf diesem Gebiete werden dahin erweitert, daß Zahlung in ausländischer Währung auch zugelassen ist bei Dienst- oder Werkverträgen an Bord von Schiffen auf hoher See oder auf Seewasserstraßen, soweit diese nicht vorwiegend der inländischen Küstenschifffahrt dienen.

Wer die vorgeschriebene Führung des Devisenbuches unterläßt oder die vom Gesetz geforderten Abschriften aus dem Devisenbuch über die Devisenbestände nicht oder nicht rechtzeitig einsendet, wird jetzt unter Strafe gestellt.

Damit ist eine Reihe neuer wichtiger Bestimmungen geschaffen, welche den Kampf gegen die Valutaspekulation erleichtern werden. Zu wünschen ist, daß nur die ausführenden Organe von den ihnen gesetzlich zustehenden Rechten auch mit aller Entschiedenheit Gebrauch machen.

Havenstein geht nicht!

Einberufung des Reichstags notwendig.

Der Reichsbankpräsident Havenstein, der sich zeitweise bereit zeigte, unter dem Druck der öffentlichen Meinung auf die Leitung der Reichsbank freiwillig zu verzichten, sobald ein Nachfolger gefunden war, ist inzwischen wieder anderer Meinung geworden. Aufgehört durch Helfferich, will er den Reichstag zur Abänderung des Autonomiegesetzes zwingen. Auch der Versuch der Reichsregierung, Havenstein zum Rücktritt zu bewegen, war vergeblich. Infolgedessen beschäftigte sich ein engerer Kabinettsrat am Donnerstagabend mit der Angelegenheit. Die Regierung ist einmütig der Auffassung, daß Herr Havenstein verschwinden muß. Da Eile not tut, wird voraussichtlich sofort nach Rückkehr des Reichskanzlers der Reichstag einberufen, um diese Angelegenheit zu erledigen.

Anhaltende Markbesserung in New York.

Der Kurs der Mark ist in New York weiter gestiegen. Umgerechnet auf Berliner Parität war der Schlussskurs des Dollars gestern in Mark 4,3 bis 4,5 Millionen; gestrige Berliner Notierung des Dollars war 4,7 Millionen Mark.

Schlussverhandlung im Semeprozeß.

Montag Urteilsverkündung.

München, 24. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsanwalt bestellte sich in seinem Plaidoyer der größten Sachlichkeit und vermied, die vielen Widersprüche auszunutzen, in die sich die Angeklagten im Laufe der Verhandlung verwickelt hatten. Aus seiner Schilderung des ermordeten Baur ist hervorzuheben, daß dieser, als seine Begünstigung der Rathenau-Mörder bekannt wurde, zu der Familie Kern nach Breslau geflohen ist, wo er von einem Kapitanleutnant Wende aufgefordert wurde, er solle nach München gehen, dort fände er Unterstützung im reichlichen Maße. Der Staatsanwalt ist überzeugt, daß die moralische Verantwortung an der furchtbaren Bluttat an Baur den Angeklagten Ruge trifft, wenn es auch nicht gelungen sei, den direkten Beweis dafür zu erbringen. Er müsse deshalb seinen Antrag, Ruge wegen Anstiftung zum Mord zu verurteilen, fallen lassen und könne lediglich die Anklage wegen Aufforderung zum Mord aufrechterhalten. Dafür sähe das Gesetz leider als Höchststrafe nur ein Jahr Gefängnis vor, eine Sühne, die für das Verbrechen Ruges selbstverständlich eine völlig unzureichende Strafe sei. Dagegen habe die Hauptverhandlung den völligen Beweis dafür erbracht, daß die anderen drei Angeklagten Baur in planmäßiger Weise ermordet hatten. Für diese beantrage er deshalb die Todesstrafe.

Der Verteidiger Zwenaur plädierte primär auf Freisprechung, da sein Mandant in Notwehr gehandelt habe, sekundär komme höchstens Tatschlag in Betracht, wobei bei den gegebenen mildernden Umständen die geringste zulässige Strafe am Plage sei. Die Verteidiger der Brüder Berger und Ruge beantragten ebenfalls Freisprechung, evtl. für Johann Berger wegen Begünstigung zum Totschlag eine geringe Geldstrafe.

Das Urteil wird am Montagmorgen verkündet.

Die rote Wehrmacht.

Die Wahlen der Vertrauensmänner im deutsch-österreichischen Bundesheer sind jetzt im Gange; sie wurden zunächst in den Garnisonen von Tirol, Salzburg und Oberösterreich vorgenommen, wo die Regierung Seipel und ihr Wehrminister Baugoin Erfolge des christlichsozialen „Wehrbundes“ erholten. Schon die Wahlen in Innsbruck, Salzburg, Linz usw. haben jedoch, bei sehr starker Beteiligung, Mehrheiten von 95 Proz. bis fast zur Einstimmigkeit für den sozialdemokratischen „Militärverband“ ergeben — und die Wahlen in Wien und den Garnisonen der Industriebezirke stehen dabei noch aus!

Verschiebung der Zollgrenze.

Frankfurt a. M., 24. August. (WZ.) Die Franzosen haben heute morgen 8 Uhr die Zollgrenze bis über die Strecke Kamburg—Eichhofen—Limburg hinausgeschoben, so daß die ganze Strecke von Höchst über Idstein nach Limburg insbeschie Gebiet fällt. In den Eisenbahnbetrieben haben die Franzosen vorläufig noch nicht eingegriffen, doch ist im Bahnhof Staffel bereits ein Fahrplan angehängt worden, in dem die Einrichtung einer direkten Linie Limburg—Höchst angekündigt wird.

Die Sonderländer.

Düsseldorf, 24. August. (WZ.) In der „Rheinischen Republik“, dem Organ des Sonderländers Smets, wird folgende, sehr bezeichnende Bekanntmachung veröffentlicht: 1. Alle Mitglieder der Sonderländergruppe werden ersucht, ihren Bedarf an Hausbrand dem Generalsekretariat anzumelden. 2. Alle Mitglieder werden ersucht, an das genannte Generalsekretariat ihre Lichtbilder zum Zwecke der Ausstellung neuer Papiere, die besondere persönlichen Schutz gewährleisten, einzusenden.

Goldmark-Strafen.

Bochum, 24. August. (WZ.) In der letzten Sitzung des französischen Militärpolizeigerichts wurden auf Grund einer Verordnung der obersten Befehlshaber zum erstenmal Geldstrafen in Goldmark verhängt. Zwei Kraftwagenführer, die aus Rügefühl Privatpersonen mitgenommen hatten, wurden zu je zwei Goldmark verurteilt, den Multiplikator zu drei Millionen gerechnet.

Sonntägliche Wanderziele.

Durch den Grunewald.

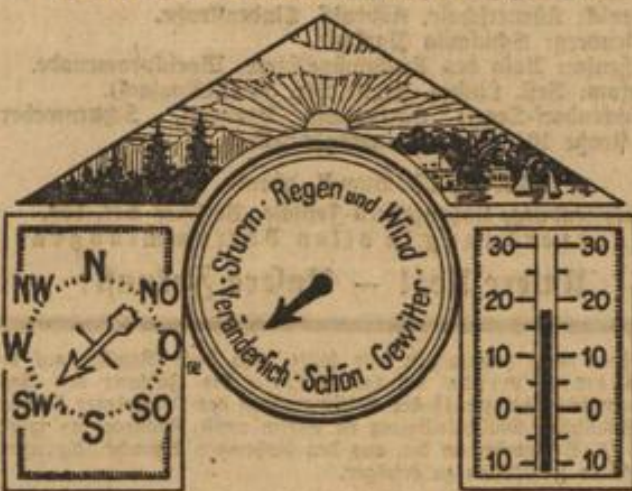
Der Grunewald wird arg verschmäht ob seiner Eintönigkeit, und doch zeigt er Stellen, die es an Schönheit und Eigenart mit jedem anderen märkischen Landschaftsbild aufnehmen. Wir müssen es nur verstehen, die am meisten begangenen Wege zu meiden. Der südliche Teil des Grunewalds wird auch des Sonntags sehr wenig besucht, und doch gehört er zu den schönsten Gebieten in der näheren Umgebung Berlins. Mit der Wannseebahn fahren wir bis Zehlendorf-West und gehen durch die Lessingstraße zur Alten Fischerhütte am Schlachtensee. Ein schöner Fußpfad schlängelt sich auf dem Westufer des Sees hin. Der Kiefernwald reicht bis dicht an das Wasser, nur eine schmale Uferzone von Erlen und Birken schiebt sich zwischen Wald und See. Der Schlachtensee gehört der Grunewaldseerinne an, die als Senke den östlichen Teil des Grunewalds durchzieht und in der der Hundekühlen, der Grunewald, der Riesenmeieree, die Krümme Lanke, der Schlachten- und der Nilolasse liegen. Nahe dem Ende des Schlachtensees steigen wir auf das hohe Ufer hinauf, kreuzen die Bahn und folgen dem Gestell. Ost sind alte Eichen in den Kiefernwald eingestreut. Um ihren Standort ist der Boden reicher und üppiger bewachsen als unter den Kiefern. Fast stets ist ein Kranz von großen Brennnesseln zu finden. Diese Eigenart ist auf die Bögel zurückzuführen, die sich gern in den Laubtronen der Eichen aufhalten. Ihre Kot versorgt den dünnen Sandboden reichlicher mit Nährstoffen, was die augenfällige Ansiedlung der Pflanzen zur Folge hat. Der Gestellweg bringt uns zur Havel. Tief unter uns zieht sich das Silberband des Flusses hin. Weit schweift der Blick über die Havelseen mit ihren steilen Uferändern. Von Nord sehen wir die prächtige Waldlandschaft mit dem Aussichtsturm auf dem Karlsberg und den Türmen von Spandau im Hintergrund. Im Süden liegt die Halbinsel Schwanensee. Wir steigen hinab zum Rand und wandern am Ufer rechts um das „Große Fenster“ herum zur Chauffee, der wir bis zu der Stelle folgen, wo das Gestell F abgeht. Wir steigen auf diesem Gestellweg wieder hinauf und kommen über die Havelbrücke, die mit 97 Metern Höhe (67,5 Meter über der Havel) die höchste Erhebung des Grunewalds bilden. In der Nähe des Barssees und der Saubucht kreuzt das Gestell P unseren Weg. Wir folgen ihm gen Südost bis zur Chauffee, gehen diese ein kurzes Stück nach links zum Jagdschloß Grunewald, am Süden des Grunewaldsees. Hier haben wir die Grunewaldseerinne wieder erreicht. Vom Jagdschloß führt der Weg südöstlich zum Waldrand an der Königin-Luise-Straße in Dahlem. Wir haben hier Gelegenheit, mit der Straßenbahn oder Untergrundbahn nach Berlin zurückzufahren. (Weglänge etwa 15 Kilometer.)

Lehnitzsee—Oranienburg.

Das freundliche Havelstädtchen Oranienburg soll das Ziel sein, dem wir zumwandern. Wir fahren vom Stettiner Vorortbahnhof oder vom Bahnhof Gesundbrunnen nach Lehnitz. Durch die von allen Birken eingefasste Florastraße kommen wir zum Ufer des Lehnitzsees. Dieser See gehört zu den eiszeitlichen Rinnenseen. In nordost-südwestlicher Richtung erstreckt er sich 2 1/2 Kilometer durch das Land, während seine größte Breite nur etwa 500 Meter beträgt. Der Rinnenzug, der sich im Norden im Grabowsee fortsetzt verläuft östlich neben dem Tal der Havel, in das er südlich von Lehnitz wieder einmündet. Bei Anlegung des Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin wählte man von März bis Lehnitz diese Straße, die einen gefährlichen und kürzeren Lauf des Kanals ermöglichte als die im westlichen Bogen sich herumziehende reich gewundene Haveluferberührung. Am Nordende des Lehnitzsees spannt sich die weiche, sichtbar eiserne Brücke über den Großschiffahrtsweg. Der Pfad zieht sich unmittelbar auf dem Seeufer hin. Ein schmaler Schiff- und Wiesengürtel, häufig von Erlenbruchwäldchen unterbrochen, bildet die Uferzone. Sie wird begrenzt von dem Höhenrand, der von Kiefernwald bestanden ist. Wir kommen zur Einmündung des Stintgrabens, der den Grabowsee mit dem Lehnitzsee verbindet. Auf dem Westufer des Fließes wandern wir zur Chauffee, überschreiten das Fließ wieder und gehen nun auf seinem Ostufer weiter gen Nord. Der Stintgraben ist eins der schönsten märkischen Fließe. Vielfach schlängelt er sich durch ein enges, tief ausgewaschenes Tal, dessen Abhänge von mächtigen Farnwedeln bedeckt sind, die dem märkischen Kiefernwald einen fast fremdenähnlich anmutenden Ausdruck geben. Der in der Mark leider recht selten gewordene, farbenprächtige Eisvogel kommt hier noch vor. Kurz vor der Augustaviktoria-Brücke liegt ein Erlenbruch, auf dem sich teilweise schon

Birken angesiedelt haben. Das Fließ bildete hier einst einen kleinen See, der jedoch im Lauf der Zeit versandet ist. Wir bleiben weiter auf dem Ostufer. Die Elisabethbrücke führt über die Bälte (hochdeutsch = Bach, Bächlein) einem Nebenflüßchen des Stintgrabens, das bei Schmachthagen entspringt. Bald haben wir die Volkshausstätte Grabowsee am gleichnamigen See erreicht. Von hier führt die Straße um das Nordende des Sees und über den Großschiffahrtsweg nach Friedrichstal. Ursprünglich hieß der Ort Grabdorf, wohl aus Grabowdorf entstanden, worauf der Grabowsee hinweist; er wird bereits 1350 erwähnt. 1697 wurde der Name in Friedrichstal umgeändert. 1782 wurden hier 20 Uhrmacherfamilien aus Neuvogel in der Schweiz angesiedelt, die eine Fabrik bildeten von Uhrfedern, Ketten und anderen Journalitaren nach Genever Art. Wir wandern südwestlich an der Kolonie Fichtengrund vorüber. Etwas weiter, dicht an der Havel, liegt die Glas- hütte Friedrichstal, die 1790 gegründet wurde, und deren Betrieb so schwunghaft war, daß die Glaswaren selbst in Amerika abgesetzt wurden. Am Bahnhof Sachsenhausen überschreiten wir die Nordbahn und wandern in bisheriger Richtung nach Oranienburg. Ein Rundgang durch das Städtchen führt uns am Schloß vorbei, das unmittelbar an der Havel liegt, umgeben von einem schönen weit ausgedehnten Park. Am Anfang des vergangenen Jahrhunderts wurde das Schloß zu Fabrikzwecken eingerichtet, zuerst eine Kattunfabrik, dann eine chemische Fabrik. Ueber die Havelbrücke zurück und durch die Bernauer und Straßunder Straße wandern wir zum Bahnhof, um die Heimfahrt anzutreten. (Weglänge etwa 15 Kilometer.)

Wetteraussichten für Sonntag.



In den ersten Tagen dieser Woche zog ein starker Tiefdruckwirbel von der Ostsee nach Rußland fort und wir hatten daher bei frischen westlichen bis nordwestlichen Winden zunächst veränderliches, ziemlich kühles Wetter mit östlichen, im Westen meist leichten, im Osten erheblicheren Regenfällen. In den Nächten sanken die Temperaturen recht beträchtlich, so in Berlin auf 9 Grad, in Frankfurt a. d. O., Landsberg a. d. Warthe auf 7 Grad und in Kyritz auf 6 Grad Celsius. Am Dienstag erreichte ein neues, vom Ozean herankommendes Tiefdruckgebiet die deutsche Nordseeküste. Die Winde drehten sich rasch nach Süden und die Temperaturen stiegen mittags an vielen Orten auf 20 Grad und etwas darüber. Die Niederschläge waren fast überall gering und allein im Osten stellenweise erheblicher. Das Tief zog rasch in nordöstlicher Richtung ab und ihm folgte vom Westen her ein neuer Wirbel, der am Freitag seinen Mittelpunkt nach der Nordsee vorgeschoben hatte. Die Temperaturen waren auf seiner vorderen Seite wieder recht hoch. München und Breslau hatten am Freitag 26 Grad, Berlin 27 Grad Wärme. Das warme teils sonnige, teils auch regnerische Wetter der Woche hat die Getreideernte nur wenig gestört, war aber andererseits für die Entwicklung der Kartoffeln, Rüben und verschiedenen Krautarten recht günstig. Für Sonntag haben wir mit warmem, überwiegend wolkegem Wetter und Gewitterneigung zu rechnen, während am Sonntag etwas kühleres, veränderliches Wetter mit wiederholten Regenfällen zu erwarten sein dürfte.

Buddelfieber.

Es geschieht schon etwas für die Schönheit Berlins in dieser ersten Zeit. Jetzt haben wir einen neuen Buddelplatz, der liegt in unserer gemessermassen historischen Hauptverkehrsstraße, wovon die Provinz, als dem Schlam und Abfall der Weltstadt noch heute in Verzückung gerät. Im Süden liegt er, im Süden der Friedrichstraße zwischen Kochstraße und Belle-Alliance-Platz ohne eigentliche Grenze.

Seine Anlage begann, als man die Nordbahn glücklich unter das Pflaster gebracht hatte. Zunächst trat eine liebliche Ruhe von vierzehn Tagen ein und dann wurde fleißig mit neuer Kraft weitergebuddelt. Besonders hatte man es auf die Bürgersteige abgesehen. Die Steinplatten wurden hochgeschichtet und dann begann das Ausheben des schönen trockenen märkischen Sandes, der berghoch anstieg und lustig in dicken Wolken herumstog. Na, aber es war nicht so schlimm. Bevor sich Gefahr für die Gesundheit einstellte wurde alles wieder zugeschaufelt. Am nächsten Tage wurde es wieder aufgedeckt. Eine Woche hindurch lief man zwischen Sandbergen und tiefen Gräben, dann wurde alles wieder zugeschüttet. Der friedliche Zustand dauerte einen Sonntag. Am Montag wurde wieder aufgedeckt. Am Dienstag und Mittwoch blieb es offen, am Donnerstag begann man mit dem Zuerufen. Am Freitag wurde die alte Stelle wieder aufgedeckt und noch ein neues Stück hinzugenommen, damit auch die Leute, die weiter nach Norden wohnten, etwas zu sehen kriegten. Das geht jetzt so ein halbes Jahr hindurch. Und es wird voraussichtlich noch ein weiteres halbes Jahr so gehen, vielleicht auch ein Jahr, vielleicht auch zwei Jahre. Wer kann wissen.

Spaß muß der Mensch haben. Der eine geht in den Lunapark, der andere spielt Fußball und der Magistrat buddelt. Vielleicht sucht er Gold. Warum muß er das aber gerade in der Friedrichstraße tun? Er hat doch den schönen Exerzierplatz zur einsamen Pappel, wo ein ungemessenes Gebiet für solche Gesäfte offensteht. Da kann er noch Herzenstrost aufreihen und wieder zuschütten Tag für Tag und Nacht für Nacht. Der ganze Magistrat kann sich daran beteiligen. Wir werden ihm das Vergnügen gönnen und ihn gänzlich zufrieden lassen.

Und sonst soll er sich keine Sorgen um uns machen. Den Jas machen wir uns selber, auch die Preise. Und die Straßenbahn lassen wir Süd-Nord fahren — für 'nen Groschen.

Das „Nudelsüppchen-Sanatorium“.

Profitable Flüchtlingspflege.

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns über die Unterbringung der aus dem Ruhrgebiet vertriebenen Eisenbahner eine Mitteilung gemacht, die Beachtung verdient. Seit Monaten schreibt man uns, sieht die Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr im Kampf gegen französischen Imperialismus und Militarismus. Erschreckend groß ist die Zahl der Eisenbahner, die den Gewaltmaßnahmen der Franzosen zum Opfer fielen und aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Job und Gut zurücklassend, in Ungewissheit, ob sie ihre Wohnungseinrichtung jemals wieder erhalten, haben die Braven den Lebensweg ins unbefestigte Deutschland angetreten. In Erholungshelmen, Kurhäusern usw. werden sie den Verhältnissen entsprechend untergebracht. So sorgte auch der nassauische Bezirksverband dafür, daß einige Baulichkeiten des „Volksanatoriums Weilmünster“ zur Aufnahme von Ausgewählten verwendet wurden. Die Unterbringung der Flüchtlinge gab dort zunächst keinen Anstoß zu Klagen, aber mit der Zeit änderte sich das. Bei der bescheidenen Verpflegung muß der leiblich festgesetzte Pensionspreis als unerhört hoch bezehlet werden. Eine der Volksgemeinschaft dienende Anstalt nimmt Preise, die auch bei den jetzigen Verhältnissen nicht gerechtfertigt sind. Sie verlangt für die Flüchtlingspflege pro Kopf und Tag einen Pensionspreis von 3 Goldmark, für Kinder je nach dem Alter 1,50 Goldmark oder 0,75 Goldmark. Bei einem Dollarstand von 4,2 Millionen ergibt die Umrechnung für Erwachsene einen Pensionspreis von 3 Millionen Papiermark pro Tag. Diesen Preis verlangt man aber nur von den Flüchtlingen. Die dort untergebrachten Rekonvaleszenten zahlen weniger, obwohl die Verpflegung dieselbe ist. Wie sie in der letzten Zeit war, läßt sich daraus schließen, daß in den Kreisen der Flüchtlinge das Wort „Nudelsüppchen-Sanatorium“ geprägt worden ist. Es soll nicht verkannt werden, daß solche Unternehmungen wie das

Kilian.

Roman von Jakob Böhmer.

Am Nachmittag widerhallten die Hauptstraßen der Stadt Zürich von Musik und Festfreude. Vom alten truhigen Helmhaus an, den ganzen Fußtal herunter zum Bahnhof, und die Bahnhofstraße wieder heraus bis zum Paradeplatz reichte jetzt der Festzug. Das Fest aber war veranstaltet aus keinem anderen Grund und Ursache, als weil jetzt wieder Frühling war. Sechshundert hieß das Fest, weil von nun an wieder um sechs Uhr und noch später Betzeit, der Abend eingeläutet werden konnte. Solche Freude war über die Menschen gekommen, daß sie den Kirchen und öffentlichen Gebäuden bunte Tücher in den Farben der Heimat anstaketen.

Sehet doch, wie vom Grobmünster, just über dem steinernen Kaiser Karl eine weißblaue Fahne weht! Sehet, wie jenseits der Ummat am schlanken Fraumünster, am langweiligen Postturm, dann unten, hoch über dem ewig schönen Häuserübereinander der Schippe die Zürcher Farben flattern! Und wenn ihr ans andere Ufer eilt: das wohlbedachte Polytechnikum, der Gewaltbau der Zürcher Universität, sie tragen beide die leichtfertigen Windspiele des lustigen Tages! Und schaut einmal in die Ummat! Wann hat in all diesen Monaten der Fluß sich so vergnügt vorbeigetrotzt, mit richtigen Hüpfchen und Sprudeln und weißen Bogenstrahlen, wie eben jetzt, da der Frühlingsfestzug an ihm entlangzieht!

Mit Pauken und Cinnern, Pummera vorbei am Fluß, vorbei an der Mauer beschaulicher Menschen, beschaulich nur, weil sie voll Lust und Verlangen zu schauen sind, sonst aber aufgeregt, und einer gedrängt vom anderen, und einer den Rücken an der Brust vom anderen, und Seite an Seite! Die ganze Stadt, wer immer Augen und ein Herz hat, sich zu freuen, ist gekommen, den Frühlingszug zu schauen!

Und da ist er nun! Sehet die Beduinen hoch zu Ross! Und der Erntewagen! Und der Kunstwagen! Der Herbstwagen! O, man hat nicht Augen genug, um zu schauen! Und da ist der Zug der Bäcker, und der Schneider, all der Zünfte; all der Zünfte!

Denn ihnen war auch einmal ein Frühling geworden, all diesen Zünftern und Handwerkern in deutschen Gauen, damals, vor einigen hundert Jahren. Auch in der reichsfreien Stadt Zürich. Auch hier waren sie aufgestanden und hatten gefagt: Wir wollen auch Sonne, Licht und Wärme! Und

hatten sich hineingezwängt in die Ratskäse, und hatten Befehle gemacht nach ihrem Verstand und ihrem Wohlbehagen, und waren jubelnd durch die Straßen gezogen als die Herren der Stadt und hatten verkündet: Frühling! Frühling! Nicht ist gekommen zu den Menschen! Freuet euch! — Also hatten sie damals den Frühling gefeiert. Also feiern ihre Nachkommen den Frühling, Jahr um Jahr.

Und wenn auch eine andere Zeit ist, so gehen die Nachfahren der Zünfter doch noch immer als die Wichtigsten im Zuge, aber vor ihnen und hinter ihnen — sehet doch! — schreiet das Siegersvolk der Jugend, schreien jene, denen alle Zukunft gehört, denen alsin der Glaube aller wahrhaft Gläubigen entgegenstrahlt und sich vor ihre Füße breitet, auf daß sie auf blumigen Teppichen wandern! Sehet doch, wie sie daherschreiten, die Kleinen und Kleinsten, als Jäger, als Hirten, als Fischer, als Blumen . . . und wie der bunte Land, das gresse Jauchzen der Farben in ihren Kleidchen, im Jauchzen ihrer Augen widerhallt, im Jauchzen dieser Menschenlesen!

Diese Wahrheit aber inne zu werden, daß des Menschen Seele noch jauchzen kann, ist lauterste Quelle, ist Verheißung, ist Auferstehung für Verhüttetes!

Sehet, wie sie dahergehüpft kommt, die kleine Bäuerin aus dem Wehntal, und der Herr Marquis aus Versailles, im Sammetwams und mit silbernem Stod! Aber nun achtet um des Himmels willen auch der Großen! Achtet dieser Wegzer zum Beispiel, in ihren roten Westen, den weißen Schürzen, der Zipfelmühe und des schauerliche Haumesser auf der Schulter! Sehen sie nicht gar ungeschlacht und bärenmäßig aus, mit ihren Bäuchlein? Und jener auf den Elefantensfüßen? Was?

Aber guckt doch in ihre Augen! Was für Kinder, meine Freunde, was für große Kinder sehen euch da an! Aus diesen Bürgerleuten, den Bantiers, den Krämer, den Händlern, Geschäftseuten, den Handwerksmeistern! Was für fröhliche Kinder! In ihrer Verkleidung: weicht ein Sinn für Freude!

Wohlt! Wohlt! Aus all der Musik, all dem Gejauchze, all dem Jubelgeißel klingt ein großes Wohlgefallen an der Kindlichkeit, an der wahrhaftigen Harmlosigkeit, die allem Menschentum schließlich und halt doch zugrunde liegt . . .

Da — — was geht auf einmal durch die Reihen? Was springt von aller Menschen Mund? Warum gehtis wie Schatten über die Menschenaugen? Wohin ist die Herzlichkeit ihres

Blickes, ihres Mundes Heiterkeit? Tritt nicht Angst oder Jörn oder gar Haß an die Stelle, wo eben noch helle Freude aufleuchtete?

Das Wort aber, das von Mund steigt, heißt: „Der Bögg brennt! Der Bögg brennt!“ — „Jetzt schon? — Wieso? — Warum?“ frägt's dort, frägt's überall.

„Wer hat . . .“
Keiner frägt die Frage zu Ende. Jeder weiß die Antwort. Sofort. Blühhaft.

So ist es um diese Stadt bestellt.
Der Feind! Der Feind hat das getan!

Und weg ist alle Freude, weg alle Harmlosigkeit! Man heißt die Zähne zusammen. Und als wahrer Urgrund alles Menschentums offenbart sich der Haß.

Er steht auf allen Gesichtern der Alten, brennt dort eine Weile und verglimmt und vergeht und vergißt sich doch nicht!

Nur die Allerjüngsten tragen das reine Leuchten ihrer frohen Seelen weiter in ihren Augen durch den Frühlingstag, und einige wahrhaft Gläubige vermögen wieder zu lächeln . . .

Draußen aber auf dem alten Tonhalleplatz, dicht am See, brennt der „Bögg“ ein Loch in den Tag, brennt der aus Reifig, aus einem Holzberg ausgerichtet, mit weißer Watte umkleidete Schneemann Winter, brennt und verbrennt, sinnlos und ganz gegen das Programm lange vor der Zeit. Denn erst in der Dämmerung, wenn die Flammen schön rot und gelb geleuchtet, wenn alles Volk, der ganze Umzug sich um den Holzstoß versammelt gehabt hätte, dann hätte der weiße Winter in Flammen untergehen, in weißem Rauch gen Himmel fahren sollen, das festliche Volk mit dem Gedanken erfüllend: Alles Starre und Weiße und Rötliche kann der Wärme und der Freude nicht standhalten, sondern muß dahinfahren, wie ein Räuchlein zum Himmel steigt, darum freuet euch und seid fröhlich in eurem Herzen!

Mit einemmal kam eine neue Unruhe in die Schar der Gaffer. Eilige waren aus der Altstadt vom Umzug hergelaufen und verbreiteten den Ruf: „Baut einen neuen Bögg! Baut einen neuen Bögg!“ Der Ruf fand sofort Widerhall: „Selbstverständlich! Uns Wert! Rieder mit dem alter verhungten! — Es lebe der neue!“

„He da, Wagen her! Perde her! — Fahrt zu, wie die Satane! Nehmt ein Automobil! Zmei Automobile! Holt Reifig, holt Reifig! Wir helfen auch! — Nur schnell, nur schnell!“

(Fortsetzung folgt.)

